



Nr. 344 | 01.04.2025

## Polen-Analysen

### Zum Verhältnis von Kirche und Staat

|  |    |
|--|----|
| ■ <b>ANALYSE</b>   |    |
| Kirche und Staat entflechten?<br>Zum Stand von kirchenbezogenen Reformvorhaben der Regierungskoalition<br>in Polen | 2  |
| Anja Hennig, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)   |    |
| ■ <b>DOKUMENTATION</b>   |    |
| Gesundheitserziehung – Brief des Netzwerkes SOS dla Edukacji an<br>Ministerpräsident Donald Tusk (Januar 2025)     | 7  |
| ■ <b>UMFRAGEN</b>  |    |
| Meinungen zum Religionsunterricht  | 9  |
| Meinungen zur Abtreibungsdebatte   | 11 |
| <hr/>  |    |
| ■ <b>CHRONIK</b>   |    |
| 18. – 31. März 2025  | 13 |

## Kirche und Staat entflechten? Zum Stand von kirchenbezogenen Reformvorhaben der Regierungskoalition in Polen

Anja Hennig, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)

DOI: 10.31205/PA.344.01

### Zusammenfassung

Der Beitrag analysiert, inwieweit sich das Verhältnis von Kirche und Staat in Polen nach dem Regierungswechsel im Herbst 2023 verändert hat. Während die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) im Wahlkampf eine Entflechtung der engen Verbindung zwischen der katholischen Kirche und der Politik ankündigte, zeigt sich jetzt innerhalb der Regierungskoalition ein heterogenes Bild. Die zentrale Konfliktlinie verläuft allerdings zwischen der katholischen Kirche (sowie weiteren katholischen Akteuren) und der Regierung. Als besonders konfliktträchtig erwiesen sich die Reform des Religions- und die Einführung des Sexualkundeunterrichts unter der neuen Bildungsministerin Barbara Nowacka. Trotz einer fortschreitenden Säkularisierung und einer sinkenden gesellschaftlichen Akzeptanz der katholischen Kirche, insbesondere in urbanen Milieus und unter jungen Menschen, bleibt die Kirche eine relevante Akteurin im politischen Feld. Der Regierungswechsel hat zwar entgegen den kirchlichen Interessen zu substantiellen Reformprozessen geführt. Gleichzeitig verdeutlicht der Fall Polen, wie moralpolitische Themen im Kontext knapper Mehrheiten und Wahlkämpfe weiterhin leicht zur Mobilisierung kirchennaher Milieus instrumentalisiert werden können.

### Regierungsagenda: Kirche und Staat entflechten

Schon im Wahlkampf für die polnischen Parlamentswahlen im Oktober 2023 hatte die oppositionelle Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) angekündigt, im Falle eines Wahlsieges auf eine größere Trennung zwischen Kirche und Staat hinzuwirken. Man wolle, so wird der Vorsitzende der KO, Donald Tusk, zitiert, dieses Verhältnis »zivilisieren.« Das sind nach acht Jahren des Konkubinats, wie die liberal-katholische Monatszeitschrift *Więź* die partnerschaftliche Verbindung zwischen der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und der katholischen Kirche beschrieb, völlig neue Töne (s. Polen-Analysen Nr. 291, <https://laender-analysen.de/polen-analysen/291/>). Nicht nur fand die Kirche trotz verfassungsmäßiger Trennung gerade in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs oder bei Kampagnen gegen die LGBTQ+-Community deutliche Unterstützung seitens der PiS-geführten Regierung. Auch legitimierten die Kirchenvertreter indirekt das demokratiefeindliche Handeln der letzten Jahre, indem sie (verklauusulierte) Wahlempfehlungen für die PiS aussprachen oder gegenüber den Angriffen auf den Rechtsstaat schwiegen.

Zwar hat sich in Europa nach 1989 gegenüber dem Modell der strikten Trennung und dem Staatskirchenmodell ein verfassungsmäßiges Modell der Kooperation zwischen Kirche und Staat in vitalen Bereichen wie Bildung, Medienrepräsentanz oder karitativen Leistungen durchgesetzt. In Deutschland nimmt der Staat über den

Einzug von Kirchensteuern sogar die Finanzierung der Kirchen in die Hand. Wie weitreichend und/oder konflikthaft diese Kooperation aber tatsächlich jeweils aussieht, variiert von Land zu Land.

In Polen ist interessant, dass seit Herbst 2023 eine Koalition an der Regierung ist, die eine große Spannweite an Positionen zu moralpolitischen Fragen und zur Kirche aufweist. Während die Linke (Lewica) teilweise mit lautstarken antiklerikalen Parolen für eine strikte Trennung von Kirche und Staat, für ein sehr permissives Abtreibungsgesetz und für die Abschaffung des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen steht, nimmt die Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) unter der Führung von Vize-Ministerpräsident Władysław Kosiniak-Kamysz eine konträre Position in diesen Fragen ein. Etwas moderater, aber in der Abtreibungsfrage wenig kompromissbereit zeigte sich die Partei Polen 2050 (Polska 2050) von Szymon Hołownia, selbst bekennender Katholik, während die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) von Donald Tusk schon im Wahlkampf klar auf eine Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes sowie auf eine Begrenzung des kirchlichen Einflusses setzte.

Welche Bedeutung hat daher der Regierungswechsel für das zukünftige Verhältnis von Kirche und Staat? Inwieweit lässt diese Spannweite an politischen Haltungen eine Reform des Verhältnisses von Kirche und Staat überhaupt zu? Schließlich gibt es auch noch die Position der Kirchenhierarchie, die in vielen Fragen daran interessiert ist, am Status quo festzuhalten, zumal sub-

stantielle Veränderungen zur Debatte stehen: Neben der Frage des Schwangerschaftsabbruchs geht es darum, die Kirchenfinanzierung über den Kirchenfonds abzuschaffen und insbesondere Gelder zu stoppen, die an das Medienimperium des Redemptoristenpaters Tadeusz Rydzyk (Radio Maryja) geflossen sind. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Reform des Religionsunterrichts sowie die Einführung von Sexualekundeunterricht als Ersatz für die kirchlich favorisierte »Erziehung zum Leben in der Familie«. Damit stehen wesentliche Errungenschaften der katholischen Kirche nach 1989 zur Disposition, die zum Teil auch im Konkordat von 1993/98 festgeschrieben sind.

Was ist jetzt, anderthalb Jahre nach dem Regierungswechsel aus diesen Vorhaben geworden? Vor fünfzehn Jahren kam meine vergleichende Analyse zum Verhältnis von Religion und Politik in Polen, Italien und Spanien zu dem Ergebnis, dass ein Wandel im moralpolitischen Feld wie der Regulierung von Abtreibung nur dann erfolgreich ist, wenn das Mitte-Links-Lager einen Konflikt mit der Kirche wagt und diesen auch konsequent aushält. Das war während der letzten Jahrzehnte in Polen nicht der Fall, könnte sich, auch wenn es auf den ersten Blick nicht so aussieht, jetzt aber wandeln.

### Die Reformagenda der Koalition

Vorerst unverändert bleibt wohl das Abtreibungsgesetz. Mit der Kriminalisierung der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen unter fast allen Bedingungen, also auch nach einer Vergewaltigung und bei schwerer Missbildung des Fötus, gehört es zu den restriktivsten Gesetzen dieser Art in Europa. Zwar hatte Donald Tusk im Wahlkampf die Vergabe eines KO-Listenplatzes von der Bereitschaft abhängig gemacht, für die Liberalisierung des Abtreibungsrechtes einzutreten. Doch scheiterten bisherige Kompromissvorschläge an den Differenzen in der Regierungskoalition. Ein neues Gelegenheitsfenster könnte die Präsidentschaftswahl im Mai öffnen, wenn womöglich der PO-Kandidat Rafał Trzaskowski den amtierenden PiS-nahen Präsidenten Andrzej Duda ablöst und ein präsidentielles Veto in der Abtreibungsfrage unwahrscheinlich macht. Auch wenn Trzaskowski Umfragen zufolge auf über 30 Prozent Zustimmung hoffen kann, folgt der PiS-Kandidat Karol Nawrocki mit ca. 22 Prozent und Sławomir Mentzen von der rechtspopulistischen Konföderation (Konfederacja) mit 15 Prozent an dritter Stelle; beides Vertreter eines fast vollständigen Abtreibungsverbot.

Doch nicht alles ist in der Regierungskoalition umstritten. Einigkeit herrscht darüber, die Finanzierung von Pater Rydzyks Unternehmen, zu dem unter dem Dach der Stiftung Lux Veritatis neben dem nationalkatholischen Sender Radio Maryja eine Tageszeitung, ein Fernsehsender, eine Hochschule für Journalismus

und Einrichtungen zur Erinnerung an Papst Johannes Paul II. wie etwa ein Sanktuarium und ein Museum gehören, einzustellen. Hier waren im Verlauf der vergangenen acht Jahre unter der PiS-geführten Regierung laut Berechnungen von money.pl 325,4 Millionen Zloty aus dem öffentlichen Haushalt und anderen öffentlichen Quellen geflossen. Ebenso unstrittig ist, dass es mit Blick auf den Kirchenfonds angesichts sinkender gesellschaftlicher Unterstützung der Kirche nicht mehr die Aufgabe des Staates sein sollte, die Zahlung der Renten- und Krankenversicherungsbeiträge von Geistlichen zu übernehmen (was das Gros des Fonds ausmacht) oder karitative Tätigkeiten der in Polen tätigen Kirchen zu unterstützen. Offener ist man gegenüber der weiteren Kofinanzierung bei der Instandhaltung von Kirchenbauten. Derzeit (2024) hat der Fonds ein Budget von 257 Millionen Zloty aus dem Staatshaushalt. Ursprünglich galt der 1950 eingerichtete Fonds als eine Art Entschädigung für die vom kommunistischen Staat beschlagnahmten Kirchengüter. Liberalkatholische Stimmen, die für eine deutlichere Trennung von Kirche und Staat stehen, beobachten allerdings schon lange eine fehlende politische Bereitschaft, sich mit einer Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und der Kirchenfinanzierung im Besonderen zu befassen. Ein Beispiel wäre das italienische »Otto-per-Mille-Modell«, das vorsieht, dass alle Steuerzahlenden 0,8 Prozent ihres Einkommens für eine (deklarierte) zivilgesellschaftliche Einrichtung ihrer Wahl aufbringen. Damit verschiebt sich die Verantwortung vom Staat auf die Mitglieder der Religionsgemeinschaften. Angesichts der rasant sinkenden Zahlen religiös Praktizierender insbesondere in der jungen Generation könnte dieses an gesellschaftlichem Zuspruch orientierte Modell jedoch gerade die katholische Kirche in Bedrängnis bringen.

Der aktuell größte Konflikt hat sich allerdings im Bildungsbereich entfaltet und zwar nicht innerhalb der Koalition, sondern zwischen Kirche und Politik. Auslöser waren zwei Reformprojekte, die Barbara Nowacka (KO) als Bildungsministerin auf den Weg gebracht hat und die Teile der polnischen Gesellschaft schon seit Jahren bewegen: Die Neuplatzierung des Religionsunterrichts und die Einführung von verpflichtendem Sexualekundeunterricht als Teil eines Gesundheitsunterrichts. Es war eine große Errungenschaft der katholischen Kirche, als 1991 unter der Regierung von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki ein wöchentlicher konfessioneller und somit in der Regel katholischer Religionsunterricht von zwei Stunden für alle Schülerinnen und Schüler ab der ersten Klasse der Grundschule bis zum Ende der Sekundarschule/Fachschule eingerichtet wurde. Nichtteilnahme war ebenso möglich wie die Teilnahme am Religionsunterricht anderer Konfessionen. Hierfür brauchte es aber eine Gruppengröße von min-

destens sieben Kindern. De facto fand daher meist nur katholischer Religionsunterricht statt, an dem aber seit einigen Jahren vor allem in den oberen Klassen immer weniger Kinder teilnehmen. Alternativ können seit einigen Jahren die Eltern für ihre Kinder auch Ethikunterricht von einer Stunde pro Woche wählen. Diese Form nachfrageorientierten Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen wurde auch im Konkordat von 1993/98 kodifiziert, hatte aber auch immer wieder zu Diskussionen und sogar Verfassungsklagen geführt. Dass in Polen die von der Kirche bestimmten Lehrkräfte vom Staat finanziert werden, ist im europäischen Vergleich hingegen keine Ausnahme, sondern eher die Regel.

### Streit um die Neubestimmung des Religionsunterrichts

Auch angesichts rückläufiger Schüler:innenzahlen sieht das erste Reformprojekt des Bildungsministeriums ab dem 1. September 2024 vor, Religionsunterricht auch in jahrgangsübergreifenden Gruppen (maximal 28 Kinder) zu gestalten. Gegen dieses pragmatische Vorgehen leitete die Bischofskonferenz rechtliche Schritte ein. Sie bat die noch von der PiS ernannte Präsidentin des Obersten Gerichts, Małgorzata Manowska, das Verfassungstribunal zu veranlassen, diese Regelung zu überprüfen. Die Bischöfe argumentierten, dass viele Lehrer ihren Job verlieren würden und es Kindern schaden könnte, mit unterschiedlichen Altersgruppen zusammen unterrichtet zu werden. Außerdem hätten diese Schritte laut Verfassung mit der Kirche konsultiert werden müssen. Tatsächlich aber hatte es mehrere Konsultationen gegeben, die jedoch bisher ohne ein Einvernehmen zwischen der Kirchenhierarchie und dem Ministerium geendet waren.

Dennoch kam das Verfassungstribunal in seiner finalen Entscheidung Ende November 2024 zu dem Ergebnis, dass die Neuregelungen von Bildungsministerin Nowacka verfassungswidrig seien. Jedoch wird die Autorität des Verfassungstribunals von der aktuellen Regierung ebenso wenig anerkannt wie die Urteile, die das Gericht spricht. Nicht nur aus Sicht der Regierung war die damals von der PiS eingesetzte Präsidentin des Gerichts, Julia Przyłębska, illegal ins Amt gelangt, somit nicht legitimiert und die Urteile des Verfassungsgerichts daher ohne rechtliche Geltung. Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur bemerkenswert, dass die Kirchenhierarchie rechtliche Schritte bemüht hat, um ihre Interessen gegenüber dem Staat durchzusetzen, sondern auch, dass sie dabei offensichtlich auf altbewährte politische Allianzen setzt.

Ministerin Nowacka zufolge ist dieses Urteil Ausdruck einer Kraftprobe, wer im Bildungsbereich regiert – die Kirche oder das Bildungsministerium. Die Bischofskonferenz hob darauf in einem öffentlichen Schreiben hervor, wie sehr der Religionsunterricht als Symbol der

Freiheit in Polen nach 1989 zu verstehen sei. Zwar wird auch zu Recht darauf verwiesen, dass in Europa Religionsunterricht an öffentlichen Schulen weitgehend Standard ist. In den meisten Ländern Europas können die Eltern ihre Kinder aber ebenso vom Religionsunterricht befreien. Im Endeffekt argumentieren die Bischöfe mit einem einseitigen Verständnis von Religionsfreiheit, wenn sie Eltern und soziale Organisationen aufrufen, »sich an der Verteidigung der universellen Werte und der Rechte der Gläubigen zu beteiligen, die unabhängig vom politischen Kontext immer respektiert werden sollten.« Denn Religionsfreiheit kann beides bedeuten und beides muss gegeneinander abgewogen werden – die Freiheit *von* Religion und die Freiheit *der* Religion. Hinzu kommt, dass in Polen der Religionsunterricht gar nicht grundsätzlich auf dem Spiel steht.

Ungeachtet des Widerspruchs der Kirche und weiterer katholischer Akteure wie dem Thinktank Ordo Iuris setzte das Bildungsministerium noch weitreichendere Reformschritte durch: So wird zum 1. September 2025 der wöchentliche Religionsunterricht von zwei auf eine Stunde reduziert und auf die Randzeiten des Stundenplans platziert; aus Sicht der Kirche eine Marginalisierung, die ein Abwählen des Unterrichts forcieren würde. Außerdem fällt das Fach Religion aus der zeugnisrelevanten Gesamtbewertung heraus.

Auf diese Reformankündigung meldete sich der Verband der Laien-Katecheten (Stowarzyszenie Katechetów Świeckich) mit einem als Kompromiss präsentierten Vorschlag, demzufolge Religionsunterricht und Ethikunterricht gleichberechtigt angeboten werden sollten, und zwar jeweils zweistündig und – ein Novum – verpflichtend. Dieser Vorschlag liegt auch einer zurzeit laufenden Petition des Verbandes zu Grunde. Der Konflikt schwelt somit weiter, verpflichtend wird der Religionsunterricht aber sicherlich nicht werden. Ministerin Nowacka wird mit den Worten zitiert, dass sie keinen Krieg, sondern Dialog mit der Kirche wolle, sich aber auf ein Veto der Kirche nicht einlasse. Der Kompromiss des Ministeriums besteht nun darin, dass eine Schulklasse die Zeiten des Religionsunterrichts selbst bestimmen darf, wenn alle Kinder teilnehmen. Die Bischofskonferenz kündigte hingegen weitere rechtliche Schritte an, da diese Reformen auf keiner gemeinsamen Verständigung beruhten. Auch unterstützte man die Petition zum verpflichtenden Religions- und Ethikunterricht.

Vor diesem Hintergrund sind die neuesten Umfragen des Meinungsforschungsinstitut CBOS interessant (siehe auch Rubrik »Umfragen«). Sie zeigen, dass 58 Prozent der polnischen Bevölkerung eine Reduzierung des Religionsunterrichts auf eine Stunde befürwortet, während sich 43 Prozent generell gegen Religionsunterricht an Schulen aussprechen. Wenig überraschend ist hierbei die politische Orientierung: Unter den PiS-

Wähler:innen befürworten 77 Prozent und unter den Wähler:innen der Konföderation 67 Prozent den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. Analog dazu lehnen unter den Wähler:innen der Linke 86 Prozent und unter den KO-Wähler:innen 72 Prozent den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen ab. Es bleibt abzuwarten, ob durch weitere rechtliche Schritte die Situation noch eskaliert. Bisher zumindest hat die konsequente Linie der Ministerin aus dem linksliberalen politischen Spektrum zu Reformen in einem Bereich geführt, der im vitalen Interesse der Kirche liegt. Im Bereich Sexualkundeunterricht sieht das ein wenig anders aus.

### **Gesundheits- und Sexualkunde statt »Erziehung zum Leben in der Familie«**

Die geplante Einführung von Sexualkundeunterricht an öffentlichen Schulen als Teil des verpflichtenden neuen Faches »Gesundheitserziehung« birgt ein besonderes Konfliktpotential, da er auch den moralpolitischen Bereich tangiert und daher leicht politisch instrumentalisiert werden kann. Das Fach soll die »Erziehung zum Leben in der Familie« ablösen. Was vom Titel her vielleicht wie eine katholische Idee klingt, reicht bis zur »Erziehung zum Leben in der sozialistischen Familie« von 1973 zurück, ein Fach, das den vier Jahre zuvor eingeführten Sexualkundeunterricht integrierte. Es ging dabei um Themen wie die Funktionsweise des menschlichen Körpers, Pubertät, Empfängnisverhütung und Elternschaft.

Mit der politischen Systemtransformation hatte die katholische Kirche im moralpolitischen Bereich stark an Einfluss gewonnen. So sah das 1993 verabschiedete Abtreibungsgesetz, das Schwangerschaftsabbrüche nun deutlich erschwerte, auch vor, »Kenntnisse über das menschliche Sexualleben, die Grundsätze einer bewussten und verantwortungsvollen Elternschaft, den Wert der Familie, das Leben in der pränatalen Phase sowie Methoden und Mittel der bewussten Fortpflanzung« in die Lehrpläne ab der vierten Grundschulklasse aufzunehmen. Auf dieser Grundlage implementierte vier Jahre später die konservative Regierung von Ministerpräsident Jerzy Buzek (Wahlaktion Solidarność/Akcja Wyborcza Solidarność – AWS), die eine Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes von 1996 wieder rückgängig gemacht hatte, das bis heute gültige Fach »Erziehung zum Leben in der Familie.« Es thematisiert zwar Sexualität auch im biologischen und partnerschaftlichen Sinne, betrachtet sie aber ausschließlich mit Blick auf die heterosexuelle Ehe und die Gründung einer Familie. Letztlich hängt stets viel von der Gestaltung des Unterrichts durch die Lehrkräfte ab, aber einen zeitgemäßen Sexualkundeunterricht, der von dem (zunehmend medial vermittelten) Wissen und den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen ausgeht, gibt es bisher nicht.

Vor diesem Hintergrund hatte Barbara Nowacka im Herbst 2024 einen Gesetzentwurf zur verpflichtenden Gesundheitserziehung in die Diskussion eingebracht. Er sieht vor, »Erziehung zum Leben in der Familie« zu ersetzen und neben Sexualkunde auch Gesundheitsprävention, gesunde Lebensweise, Hygiene, psychische Gesundheit und Grundlagen der Ersten Hilfe zu vermitteln. Der Unterricht soll ab der vierten Grundschulklasse einmal pro Woche stattfinden und in der achten Klasse enden. Im europäischen Vergleich wäre Polen damit nicht allein. Laut Weltgesundheitsorganisation ist Sexualkunde in elf von fünfundzwanzig Ländern in Europa verpflichtend. In den anderen Ländern gibt es hinsichtlich des verpflichtenden Charakters regionale Unterschiede. Fast überall in Europa ist Sexualkunde in umfassendere Fächer wie Biologie oder Gesellschaftswissenschaften integriert.

### **Katholischer Widerstand gegen »das Verderben«**

Nachdem dieses zweite Reformprojekt im Bildungsbereich öffentlich geworden war, regte sich erneut Widerstand auch von rechtskatholischer Seite, prominent vertreten durch Ordo Iuris, einem PiS-nahen Thinktank mit Rechtsexpertise (siehe Polen-Analysen Nr. 333, <https://laender-analysen.de/polen-analysen/333/>). Er lancierte am 12. November 2024 eine Petition, mit der Eltern, Lehrkräfte und soziale Einrichtungen sich für den »Schutz der Kinder vor der Sexualerziehung im Sinne Nowackas« einsetzen sollten. Die Petition zielt darauf, das Fach »Erziehung für das Leben in der Familie« im Lehrplan zu erhalten und kein neues Pflichtfach, das auch die Sexualerziehung einschließt, einzuführen. An die Grenzen der Werte eines demokratischen Miteinanders stößt vor allem der Passus, der für eine Streichung vorgesehener Themen plädiert. Dazu gehören neben Abtreibung und Empfängnisverhütung das Konzept des kulturellen oder sozialpsychologischen Geschlechts, die transgener Identität und Fragen der Toleranz und Akzeptanz gegenüber Lebensstilen von Gruppen unterschiedlicher sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität.

Als Nowacka zu ihrer Haltung gegenüber der Petition gefragt wird, bekräftigt sie erneut, dass »Gesundheitserziehung ein Pflichtfach werden wird und zwar unabhängig von den Meinungen der einen oder anderen Organisation.« Jedes Kind solle die gleiche Bandbreite an Informationen erhalten, »basierend auf Wissen, nicht auf Glauben oder Aberglauben«. Zehn Tage später veröffentlichte die Bischofskonferenz ein Schreiben, in dem sie mit einem verfassungsmäßig geschützten Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder entsprechend ihrer moralischen und religiösen Überzeugung argumentiert. Aus dieser Perspektive läge die Sexualer-

ziehung in der Verantwortung der Eltern. Auf inhaltliche Details verzichtet das Schreiben, das auch nicht erwähnt, dass eine Nichtteilnahme an diesem Fach aus Gewissensgründen immer möglich ist. Stattdessen wird hier erneut die Sprache des Rechts bemüht; diesmal aber nicht, wie im Fall des Religionsunterrichts, mit Verweis auf die Religionsfreiheit, sondern auf das Elternrecht. Solch ein strategischer Einsatz der Sprache des Rechts ist europaweit auch aus dem Widerstand gegen gendersensible Bildungsprogramme bekannt. Infolge des Vorwurfs seitens katholischer Akteure, junge Menschen würden durch die Reform ideologisiert und ins Verderben geführt, finden seit Dezember 2024 sogar in Großstädten wie Breslau (Wrocław) und Warschau (Warszawa) Proteste unter dem Motto »Ja zur Bildung, Nein zur Verderbtheit« statt, mobilisiert u. a. durch Ordo Iuris und Radio Maryja.

### **Wende im Wahlkampf: Sexualekunde nur noch fakultativ**

Im Januar 2025 teilte das Bildungsministerium plötzlich mit, dass die geplante Gesundheitserziehung nicht mehr verpflichtend sein wird. Die Bildungsministerin wolle eine »politische Affäre« vermeiden. Nowacka wird mit den Worten zitiert, dass »alle, die jene sinnlose Kampagne inszeniert haben (...), dafür verantwortlich sind, dass Kinder sexuellen Übergriffen und psychischen Problemen ausgesetzt werden«. Damit bezieht sich die Ministerin auf die Oppositionsparteien PiS und Konföderation sowie auf sogenannte Pro-Familien-NGOs, die im Zuge des zugespitzten Präsidentschaftswahlkampfes das Thema für sich entdeckt haben. Sie warfen dem PO-Kandidaten Trzaskowski unter anderem vor, durch die geplanten Reformen die »Sexualisierung der Kinder« zu unterstützen. Auch dieses Narrativ, das ein Bedrohungsszenario für Kinder als zu Recht besonders vulnerable Gruppe bemüht, ist aus Anti-Gender-Kampagnen europaweit bekannt. Es wird deutlich, wie ein Wahlkampf mit verhältnismäßig knappen Mehrheiten zu einem Gelegenheitsfenster für jene werden kann, die sich gegen moralpolitische Veränderungen positionieren und den katholisch präferierten Status quo fordern.

Gleichzeitig protestieren nun soziale Organisationen aus dem Bildungs- und Gesundheitsbereich gegen den neuen fakultativen Charakter des Religionsunterrichts. Beispielsweise hat das Netzwerk sozialer Organisationen für die Bildung (SOS dla Edukacji), in dem sich mehr als 70 Organisationen zusammengeschlossen haben, in einem Brief an Ministerpräsident Donald Tusk diese Änderung stark kritisiert (siehe Rubrik »Dokumentation«). Auch der oberste Sanitätsrat verwies auf die Bedeutung der obligatorischen Schulbildung im Bereich Gesundheitserziehung für die Prävention von Zivilisationskrankheiten oder psychischen Problemen. Nowacka

kündigte hingegen an, dass die Gesundheitserziehung auch im Schuljahr 2025/2026 ein Wahlfach bleiben werde. Es solle aber auf seine Wirksamkeit hin überprüft werden, um zu entscheiden, ob in den Folgejahren ein Pflichtfach eingeführt wird. Offensichtlich wartet man erst einmal den Ausgang der Präsidentschaftswahlen ab.

### **Rasante Säkularisierung trifft auf eigene kirchliche Realität**

Noch deutlicher als im Konflikt um die Ausgestaltung des Religionsunterrichts zeigt sich im Fall des Sexualekundeunterrichts, wie uneins die polnische Gesellschaft ist. Von einer Polarisierung mag man angesichts von Umfragedaten noch aus dem Jahr 2019 – aktuelle sind zur Zeit des Verfassens dieses Textes nicht verfügbar – in dieser Frage allerdings nicht sprechen. Sie zeigen, dass 70 Prozent der Bevölkerung dafür sind, dass öffentliche Schulen Sexualekunde anbieten, damit Kinder Fachwissen über die Dinge erhalten, die für sie wichtig sind. Mit Blick auf die Petition von Ordo Iuris ist interessant, dass 53 Prozent befürworteten, Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung an Schulen zu thematisieren, und 50 Prozent sprechen sich dafür aus, den Unterschied zwischen soziokulturellem und biologischem Geschlecht zu problematisieren.

Diese Daten spiegeln im Detail, was religionssoziologisch schon länger zu beobachten ist: In Polen findet ein rasanter Säkularisierungstrend statt, der sich insbesondere in der jüngeren Generation und im städtischen Umfeld abzeichnet. Am Deutlichsten zeigt sich dies im Rückgang von regelmäßigen Gottesdienstbesuchen, aber auch in der sinkenden Zahl derer, die kirchlich heiraten oder ihre Kinder taufen lassen. Es fehlt aber auch der theologische Nachwuchs etwa für das Priesteramt. Diese Szenarien stehen einem ländlichen Polen entgegen, in dem 40 Prozent der älteren Generation leben und in dem das Vertrauen in die katholische Kirche insbesondere im Südosten des Landes noch ungebrochen zu sein scheint, verbunden mit einer Präferenz für die PiS. Daran ändern offensichtlich auch die Missbrauchsvorwürfe und die Nachlässigkeit bei der kirchlichen Aufarbeitung nichts.

### **Fazit: Bedeutung des Regierungswechsels für Verhältnis Kirche-Staat**

Angesichts der hier ausgeführten Dynamik von Aktion und Reaktion in Bezug auf Reformpläne der Regierungskoalition, die das Verhältnis von Kirche und Staat tangieren, lässt sich zunächst festhalten, dass sich dieses Verhältnis kommunikativ deutlich verschärft hat. Aus Sicht von Akteuren der katholischen Rechten ist die neue Regierung mit ihren Interventionen ein Feind (unter der PiS-Regierung war das Feindbild vor allem die Europäische Union). Überlegungen zu substantiell neuen institu-

tionellen Arrangements, insbesondere zum finanziellen Verhältnis von Kirche und Staat, fanden zwar kontinuierlich statt, haben jedoch noch keine für die Öffentlichkeit sichtbaren Ergebnisse hervorgebracht. Wie auch schon in den letzten Jahrzehnten hat sich der Konflikt durch Reformpläne in einzelnen Politikfeldern entfacht. Dieses Mal betrifft dies aber nicht das Abtreibungsgesetz – hier liegt eine Reform momentan auf Eis – sondern die Bildungspolitik; im Falle des Sexualkundeunterrichts handelt es sich jedoch ebenfalls um ein Thema mit moralpolitischem Charakter.

Nach außen hin trägt die Neuplatzierung und Bewertung des weiterhin stattfindenden Religionsunterrichts nur der sinkenden Nachfrage nach konfessionellem Religionsunterricht Rechnung. Dahinter steht vonseiten der linksliberalen Ministerin vermutlich aber auch das Ziel, Religion stärker in den Privatbereich zu verlegen und den moralischen Einflussbereich der Kirche im öffentlichen Raum zu reduzieren. Vor allem aber hat ihre Bereitschaft, mit der katholischen Kirche diesen Konflikt einzugehen, hier zu einer tatsächlichen Reform geführt. Besonders deutlich ist dabei zu sehen, wie gespalten Polen in der Anerkennung der Verfassungsgerechtheit ist. Zwar ernannte Staats-

präsident Andrzej Duda im Dezember 2024 Bogdan Świączkowski zum neuen Präsidenten des Verfassungstribunals. Doch gilt Świączkowski als enger Vertrauter des ehemaligen Justizministers Zbigniew Ziobro, der als Mitglied der PiS-Regierung bis 2023 maßgeblich am Umbau des Rechtsstaates beteiligt war.

Das Ziel, einen verpflichtenden Sexualkundeunterricht einzuführen, scheiterte hingegen aufgrund der Politisierung des Konflikts mit der Kirche im Präsidentschaftswahlkampf. Dabei wird deutlich, wie die Allianz zwischen der PiS, der katholischen Rechten, zu der prominent Ordo Iuris gehört, und der Kirchenhierarchie nicht nur fort dauert. Im Kontext des Wahlkampfes minimiert sie auch die Konfliktbereitschaft einer offensichtlich sonst kämpferischen Ministerin.

Es zeigt sich aber auch, dass sich die kirchliche Welt und die damit verbundenen Privilegien immer weiter von der gesellschaftlichen Realität entfernen. Hier wird es interessant sein zu beobachten, inwieweit ein bereits begonnener Generationswechsel in der polnischen Kirchenhierarchie schrittweise vielleicht doch auch zu einer moraltheologisch wie kirchenstrategisch zeitgemäßen Anpassung an diese veränderten Realitäten führt.

#### *Über die Autorin*

Dr. *Anja Hennig* ist eine vergleichend arbeitende Politikwissenschaftlerin. Seit ihrer Promotion zu Religion und Moralpolitik in Polen, Italien und Spanien (2011) analysiert sie unter anderem Konflikte zwischen religiösen und staatlichen Akteuren im Kontext politischer Reformen.

## DOKUMENTATION

### Gesundheitserziehung – Brief des Netzwerkes SOS dla Edukacji an Ministerpräsident Donald Tusk (Januar 2025)

20. Januar 2025

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
wir sind ein Bündnis von mehr als 70 gesellschaftlichen Organisationen, die sich im »Netzwerk Sozialer Organisationen für die Bildung« (Sieć Organizacji Społecznych dla Edukacji – SOS dla Edukacji) zusammengeschlossen haben. Seit vier Jahren unterstützen wir mit Expertise und Aktivitäten Veränderungen im polnischen Schulsystem.

Wir sind empört über die plötzliche Entscheidung, den Status des Unterrichtsfaches Gesundheitserziehung von obligatorisch zu freiwillig herunterzustufen. Diese Maßnahme sowie auch die Art und Weise, wie sie getroffen wurde, hat die Organisationen, die zu unserem Netzwerk gehören, äußerst beunruhigt.

Die Frage der Freiwilligkeit/Verbindlichkeit der Gesundheitserziehung wurde am Anfang der inhaltlichen Planung und Gestaltung dieses Unterrichtsfaches entschieden. Auf dieser Grundlage haben die vom Bildungsministerium berufenen Experten das Basisprogramm des Faches konzipiert, eines Faches, für das gesellschaftliche Organisationen ihre Empfehlungen und Anmerkungen erarbeitet haben.

Die Entscheidung gegenüber dem Unterrichtsfach Gesundheitserziehung zu ändern, betrachten wir als Geringschätzung des demokratischen Prozesses, der nach den Parlamentswahlen 2023 einsetzte. Gegen die auf diese Weise betriebene Bildungspolitik haben wir protestiert. Wir haben gefordert, dass sie in einer Art und Weise geführt wird, die mehr Teilhabe gewährt und die Stimme der Bildungsakteure berücksichtigt. Wir haben uns gefreut, dass die polnische Schule beginnt, sich gegenüber den jungen Menschen und ihren Bedürfnissen, die sich aus den Herausforderungen der Gegenwart ergeben, zu öffnen.

Leider stehen die ohne Konsultation der Lehrer eingeführte Beschränkung der Hausaufgaben, die Art und Weise, eine Entscheidung über den Modus des Religionsunterrichtes zu treffen, oder die neuesten Änderungen im Fach Gesundheitserziehung im Widerspruch dazu. Sie untergraben die von der aktuellen Regierung erklärte Offenheit, die gesellschaftliche Seite einzubeziehen, und versetzen unserer konsultierenden Tätigkeit einen Schlag.

Die gesellschaftliche Seite, darunter Vertreter und Vertreterinnen der Organisationen unseres Netzwerkes, haben sich stark im Prozess der Teilhabe an Entscheidungen im Bildungsbereich engagiert. Wir arbeiten in Arbeitsgruppen beim Ministerium für Nationale Bildung mit und nehmen an Sitzungen von Parlamentsausschüssen und parlamentarischen Gruppen teil; die Vertreter unserer Organisationen werden als Experten und Expertinnen eingeladen, im Institut für Bildungsforschung (Instytut Badań Edukacyjnych) an Veränderungen des Lehrprogramms mitzuarbeiten. Wir befürchten, dass bei der Planung weiterer Veränderungen im Bildungssystem – darunter die Einführung der Gesellschaftskunde, die Erarbeitung einer neuen Grundlage für das Rahmencurriculum, die Vermittlung neuer Lehrmethoden, die Erhebung des Lernstands der Schüler, aber auch die Arbeiten am Gesetz über einen Schülerrechte-Beauftragten und Schülerrechte – die Stimmen aus dem Bildungsbereich erneut übergangen werden. Es wäre schwer für uns, dies zu akzeptieren, und es würde die Zivilgesellschaft, die nach Jahren der Krise wieder erwacht, nicht stärken.

Die Gesundheitserziehung, die im Rahmen eines oder verschiedener Unterrichtsfächer behandelt wird, sollte verpflichtend sein, weil sie das Wohlbefinden, die physische und psychische Gesundheit eines jeden Schülers und einer jeden Schülerin im Blick hat und in den Kindern und jungen Menschen Ressourcen für ein gelingendes Leben entwickelt. Die Gesundheitserziehung ist die Grundlage für ihre sichere Zukunft. Sie legt einen Schwerpunkt darauf, Achtsamkeit für die eigenen Bedürfnisse und die Bedürfnisse anderer zu entwickeln, sie lehrt, sich selbst wahrzunehmen sowie andere Menschen zu verstehen. Sie hat auch Schlüsselbedeutung für den Aufbau gesellschaftlicher Resilienz in einer Welt, die uns vor ernsten Herausforderungen, etwa Pandemien, die Klimakrise oder die Bedrohung eines internationalen bewaffneten Konflikts stellt. Das Bewusstsein für physische und psychische Gesundheit zu entwickeln, sollte ein zentraler Punkt der Bildung sein, mit Schwerpunkt auf Prophylaxe und Problembewältigungskompetenz.

Integraler Bestandteil der obligatorischen Gesundheitserziehung sollten Inhalte aus dem Bereich Umwelt und Klima sein sowie die Förderung des regelmäßigen Kontaktes der Kinder mit der Natur. Die Gesundheitskunde sollte ebenfalls nicht vernachlässigen zu vermitteln, wie Maßnahmen zum Schutz des Planeten ergriffen werden können.

Ein Bestandteil der Gesundheitserziehung ist die Sexualerziehung und hier sehen wir eine große Herausforderung, die nicht nur die Schule betrifft. Sexualerziehung beinhaltet auch die Sorge um die Sicherheit der Kinder und Jugendlichen, insbesondere derjenigen, die zu Hause nicht mit einer solchen Unterstützung rechnen können. Die freiwillige Teilnahme am Unterricht hat zur Folge, dass die Vermittlung von Inhalten, die die Sicherheit der Kinder und Jugendlichen betreffen, nicht dorthin gelangt, wo es notwendig wäre.

Es besteht die Gefahr einer Schule der zwei Geschwindigkeiten, in der die Kinder aus einer Umgebung mit Zugang zu einem breiten außerschulischen Angebot und aus Familien mit größerem kulturellem Kapital bessere Möglichkeiten des Wissenserwerbs haben werden als die, die in randständigen Milieus oder ländlichen Gebieten aufwachsen.

Für solcherart Veränderungen haben wir vor den Parlamentswahlen 2023 nicht gekämpft. Wir wollen eine bessere Schule, die sich um die Sicherheit der Kinder und Jugendlichen im weiten Sinne kümmert und auf die Herausforderungen der Gegenwart antwortet. Eine Schule, in der Veränderungen aus einer überlegten Bildungsstrategie heraus erfolgen und nicht nur aus politischem Kalkül. Das Beispiel Gesundheitserziehung zeigt, dass es notwendig ist, um die eingeführten Änderungen in der Bildung herum eine breite gesellschaftliche Verständigung und Zustimmung aufzubauen.

Herr Ministerpräsident, es wäre sinnvoller, die Einführung der Gesundheitserziehung zeitlich zu verschieben, Materialien und Fortbildungen auszuarbeiten und Fachkräfte vorzubereiten, als in Eile zu verkünden, dass das Fach optional ist. Daher rufen wir zu einer Veränderung der Art und Weise, Entscheidungen in der Bildungspolitik zu treffen, auf, zu mehr Vertrauen in die Experten und die gesellschaftliche Seite sowie zu einer Kommunikation, die Vertrauen in die Regierung aufbaut.

Hochachtungsvoll

im Namen des Netzwerkes Sozialer Organisationen für die Bildung

Alicja Pacewicz

Karolina Prus-Wirzbicka

Mitgliederorganisationen des Netzwerkes Sozialer Organisationen für die Bildung:

- Edukacja w działaniu, Anna Skiendziel, Beata Zwierzyńska
- Fundacja Centrum im. prof. Bronisława Geremka, Aleksandra Saczuk
- Fundacja Civis Polonus, Olga Napiontek
- Fundacja Code for Green, Małgorzata Snarska-Nieznańska
- Fundacja Dla Lepszych Czasów, Katarzyna Szczepkowska
- Krajowe Forum Oświaty Niepublicznej, Magdalena Wontek
- Fundacja Ja, Nauczyciel, Maciej Durczewski
- Fundacja Samodzielność od Kuchni, Katia Roman
- Fundacja Teach for Poland, Katarzyna Nabrdalik
- Fundacja WWF Polska
- Protest z Wykrzyknikiem
- Fundacja Przestrzeń do życia – Łucja Kucmin-Węglarczyk
- Fundacja OFF school – Grzegorz Święch
- Stowarzyszenie Obywatele dla Edukacji, Zofia Grudzińska
- Stowarzyszenie Pracownia Etnograficzna im. Witolda Dynowskiego, Anna Bińska
- Polska Fundacja im. Roberta Schumana
- Fundacja Szkoła z Klasą, Michał Szelą

Unterstützende Organisationen:

- Fundacja Moc Partnerstwa – Iwona Janicka

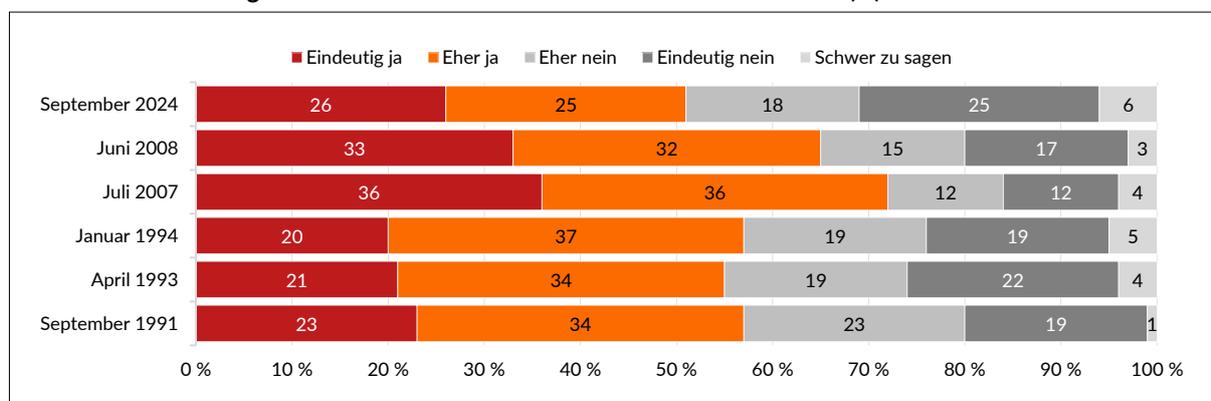
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Sieć Organizacji Społecznych dla Edukacji – SOS dla Edukacji [Netzwerk Sozialer Organisationen für die Bildung]. <https://sosdlaedukacji.pl/list-do-premiera-ws-edukacji-zdrotownej/> (abgerufen am 27.03.2025).

## UMFRAGEN

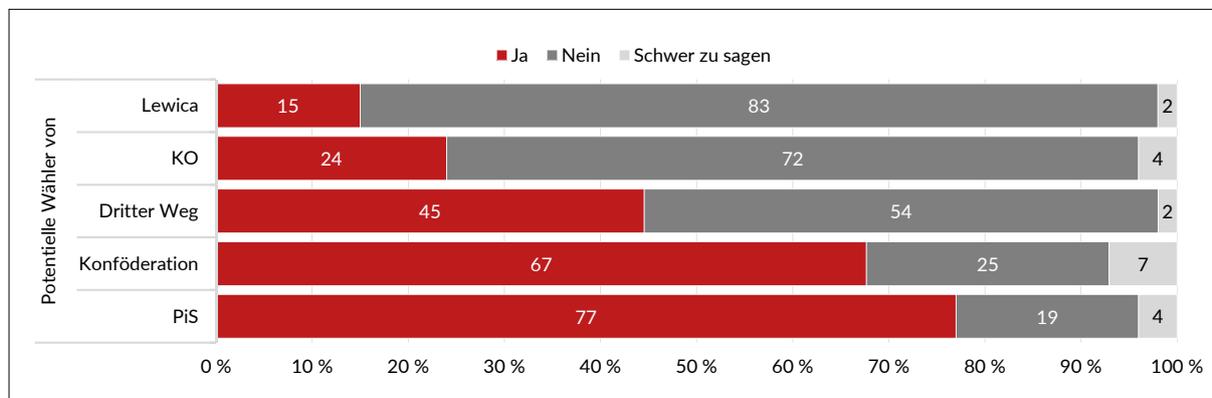
### Meinungen zum Religionsunterricht

Grafik 1: Sollte Religionsunterricht an öffentlichen Schulen erteilt werden? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr 97/2004: Religia w szkołach [Religion in der Schule]. Warszawa 10/2004. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

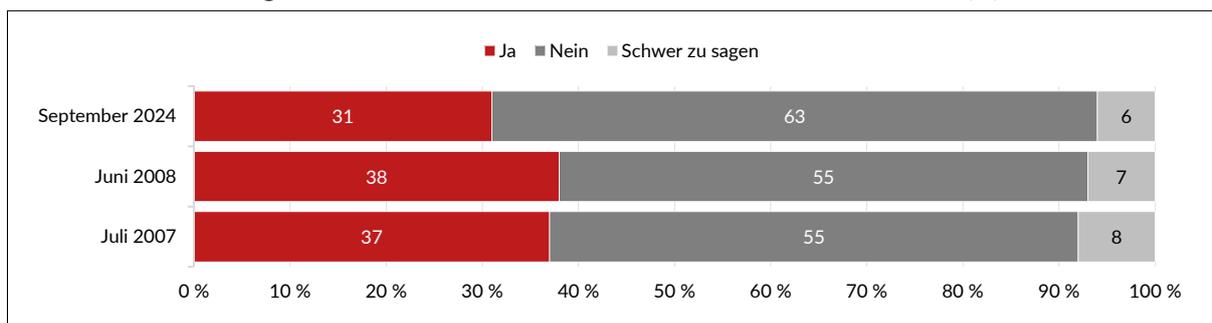
**Grafik 2: Sollte Religionsunterricht an öffentlichen Schulen erteilt werden? (% , September 2024, nach Wählerschaften)**



Lewica/Die Linke; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; Dritter Weg/Trzecia Droga; Konföderation/Konfederacja; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit

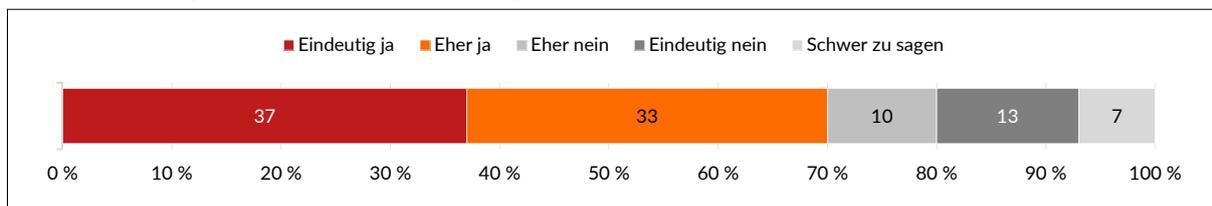
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr 97/2004: Religia w szkołach [Religion in der Schule]. Warszawa 10/2024. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

**Grafik 3: Soll der Religionsunterricht benotet werden so wie andere Schulfächer auch? (%)**



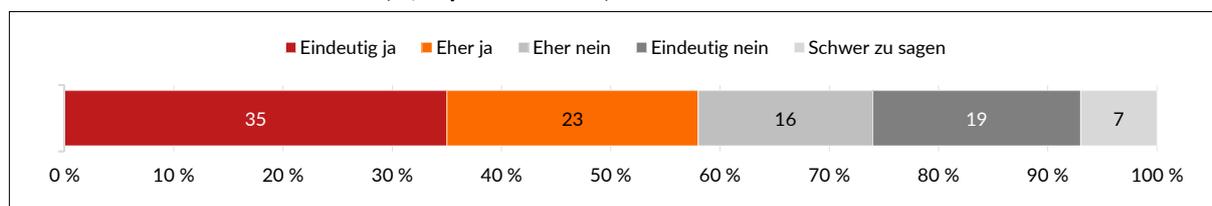
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr 97/2004: Religia w szkołach [Religion in der Schule]. Warszawa 10/2024. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

**Grafik 4: Unterstützen Sie es, Klassen für den Religionsunterricht zusammenzulegen, wenn in einer Klasse weniger als sieben Schüler am Religionsunterricht teilnehmen? (% , September 2024)**



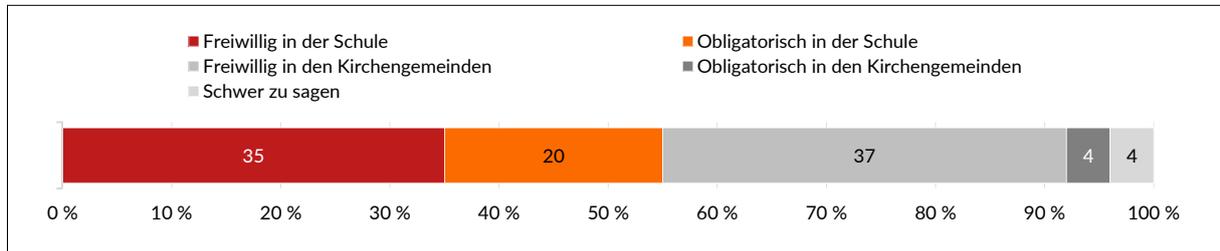
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr 97/2004: Religia w szkołach [Religion in der Schule]. Warszawa 10/2024. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

**Grafik 5: Unterstützen Sie es, den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen von zwei auf eine Stunde pro Woche zu reduzieren? (% , September 2024)**



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr 97/2004: Religia w szkołach [Religion in der Schule]. Warszawa 10/2024. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

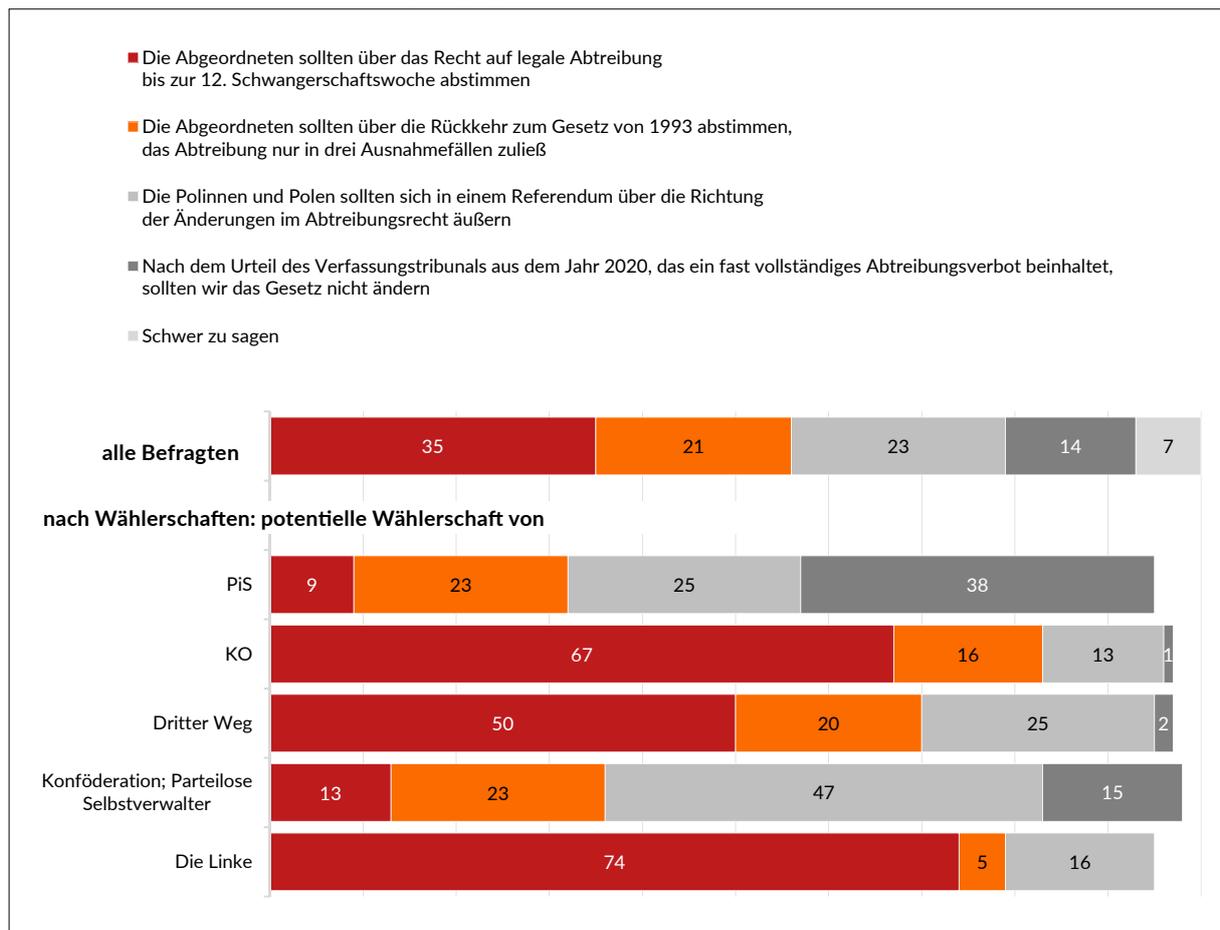
**Grafik 6: Welche Art des Religionsunterrichts wäre Ihrer Meinung nach die beste? (% , September 2024)**



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr 97/2004: Religia w szkołach [Religion in der Schule]. Warszawa 10/2024. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

## Meinungen zur Abtreibungsdebatte

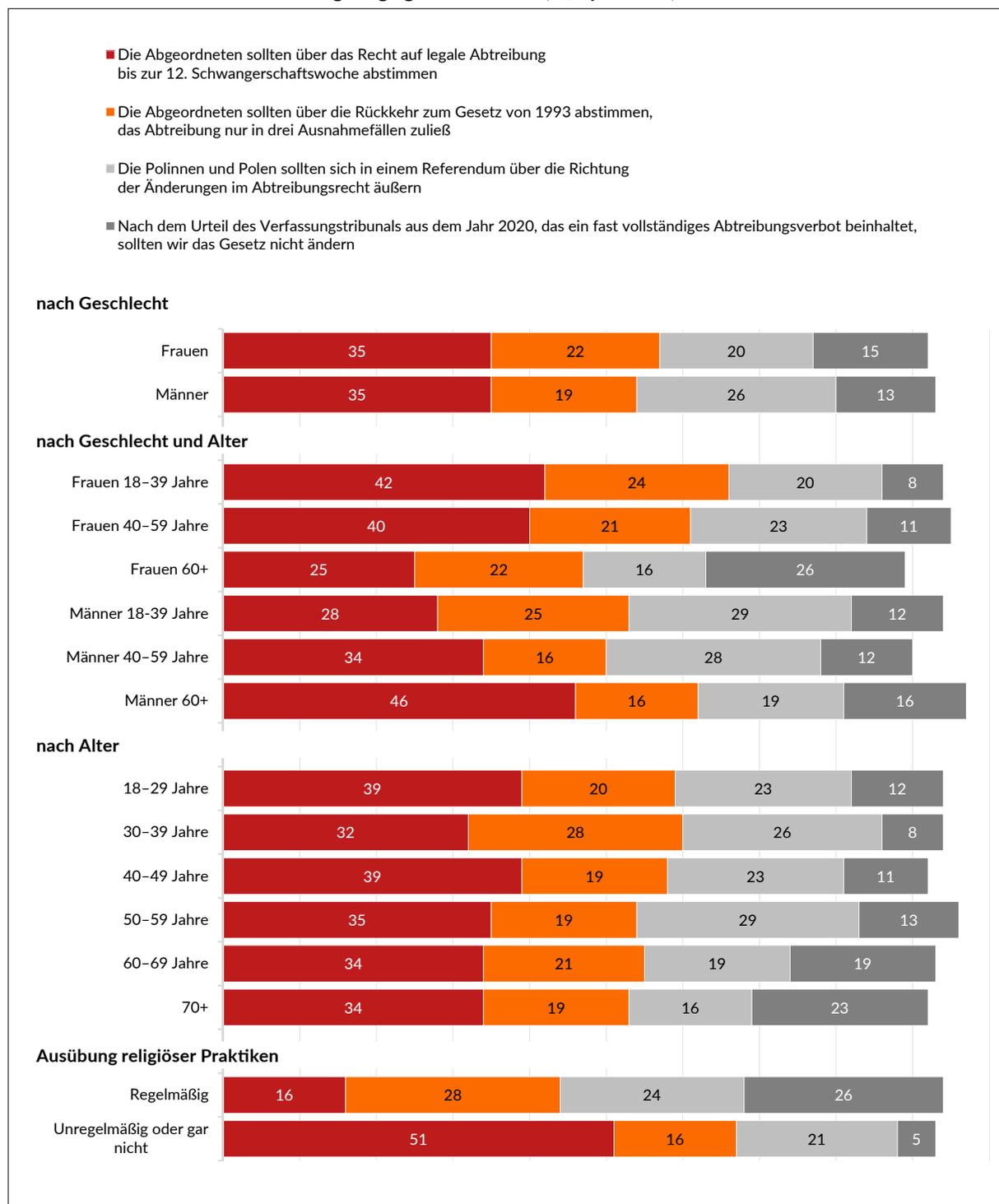
**Grafik 1a: Der Konflikt um das Abtreibungsrecht dauert an. Dem Sejm liegen Entwürfe zur Änderung des Abtreibungsrechtes vor, einige Parteien sprechen sich für die Durchführung eines Referendums aus. Wie sollte die Abtreibungsfrage gelöst werden? (% , April 2024)**



PIs – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; Dritter Weg/Trzecia Droga; Konföderation/Konfederacja; Parteilose Selbstverwalter/Bezpartyjni Samorządowcy; Lewica/Die Linke  
 Repräsentative Umfrage von Ipsos für OKO.press und TOK FM, 2.-4. April 2024.

Quelle: <https://oko.press/debata-o-aborcji-czego-chca-wyborcy-sondaz-ipsos> (abgerufen am 26.03.2025).

**Grafik 1b: Der Konflikt um das Abtreibungsrecht dauert an. Dem Sejm liegen Entwürfe zur Änderung des Abtreibungsrechtes vor, einige Parteien sprechen sich für die Durchführung eines Referendums aus. Wie sollte die Abtreibungsfrage gelöst werden? (% , April 2024)**



Repräsentative Umfrage von Ipsos für OKO.press und TOK FM, 2.-4. April 2024.

Quelle: <https://oko.press/debata-o-aborcji-czego-chca-wyborcy-sondaz-ipsos> (abgerufen am 26.03.2025).

## CHRONIK

## 18. – 31. März 2025

|            |  |
|------------|--|
| 18.03.2025 | Das Verteidigungsministerium veröffentlicht eine gemeinsame Erklärung mit Litauen, Lettland und Estland über die Aufkündigung des Ottawa-Abkommens (zentrales Vertragswerk zur weltweiten Ächtung von Antipersonenminen). Als Grund wird die veränderte Sicherheitslage mit Blick auf Russland und Belarus genannt. Infolge dessen müssten die Streitkräfte der vier Länder flexibel in der Wahl ihrer Verteidigungsstrategien sein.   |
| 20.03.2025 | Der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für die Geheimdienste, Marek Biernacki, warnt vor Desinformationskampagnen und physischen Sabotageakten, mit denen Russland den laufenden Präsidentschaftswahlkampf in Polen zu stören beabsichtigt. Das Ziel Russlands sei es, die polnische Gesellschaft zu spalten und zu destabilisieren mit Auswirkungen u. a. auf die Unterstützung Polens für die Ukraine, die sich in einem Angriffskrieg vonseiten Russlands befindet.  |
| 22.03.2025 | Bei einem Besuch beim Grenzschutz an der polnisch-belarusischen Grenze, die von einem Grenzzaun (»Schutzschild Ost«) gesichert wird, teilt Innenminister Tomasz Siemoniak mit, dass der Grenzschutz 1.500 zusätzliche Arbeitsplätze erhält sowie weitere Befestigungs- und Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt werden. Dazu gehören die Sicherung von Gewässern und Sumpfbereichen, um irreguläre Grenzübertritte zu unterbinden, sowie der Einsatz von Drohnen. Im Dezember hat die Europäische Union 52 Millionen Euro für die Sicherung der polnischen Grenze nach Russland und Belarus bewilligt.   |
| 24.03.2025 | In Warschau findet die dreitägige Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) statt, an der Delegierte des Europäischen Parlaments sowie der EU-Mitgliedstaaten teilnehmen. Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz sagt, in der Europäischen Union müssten Möglichkeiten für eine größere Mobilität der Streitkräfte zwischen den EU-Ländern geschaffen werden. Außerdem müsse ein gemeinsamer Ablauf der Reaktionen bei hybriden Angriffen auf See vereinbart werden. Europa habe das Problem diagnostiziert und diskutiert, habe aber ein Problem damit, ins Handeln zu kommen, sagt der Verteidigungsminister. |
| 25.03.2025 | Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz, Ministerin für Fonds und Regionalpolitik, gibt die Entscheidung der Regierung bekannt, im Rahmen des Landesaufbauplans (Krajowy Plan Odbudowy – KPO) einen Fonds für Sicherheit und Verteidigung einzurichten. Dafür sollen 30 Milliarden Zloty (ca. 7,2 Milliarden Euro) aus dem KPO bestimmt werden. Der Fonds soll für den Bau und die Modernisierung von Schutzräumen, die Entwicklung von sowohl zivil als auch militärisch nutzbarer Infrastruktur, die polnische Rüstungsindustrie und die Entwicklung moderner Verteidigungstechnologien eingesetzt werden. Aktuell beginnen dazu Gespräche mit der Europäischen Kommission.  |
| 26.03.2025 | Ministerpräsident Donald Tusk empfängt in Warschau NATO-Generalsekretär Mark Rutte. Rutte lobt Polens Engagement zur Sicherung der NATO-Ostflanke sowie den finanziellen Einsatz zur Modernisierung seiner Armee. Im Falle eines Angriffs auf Polen werde die NATO mit ganzer Kraft reagieren. Die Antwort werde für den Angreifer »vernichtend« sein, sichert Rutte Polen zu.   |
| 26.03.2025 | Präsident Andrzej Duda unterzeichnet ein Gesetz zur Beschränkung von Asylanträgen. Es sieht vor, dass in Notlagen für 60 Tage nur Ausländer, die regulär über die Grenze eingereist sind, einen Asylantrag stellen dürfen. Polen reagiert damit auf die irreguläre Immigration von Menschen aus Afrika und Asien über die polnisch-belarusische Grenze, die vom belarusischen sowie russischen Regime unterstützt wird. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das Gesetz.   |
| 27.03.2025 | Am Rande des in Paris stattfindenden Treffens westlicher Staats- und Regierungschefs zu Sicherheitsgarantien für die Ukraine, die von Russland angegriffen wird, trifft sich Ministerpräsident Donald Tusk mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron. Auf der Pressekonferenz im Anschluss teilt Tusk mit, dass Polen und Frankreich in die Schlussphase der Aushandlung eines neuen polnisch-französischen Vertrags über bilaterale Zusammenarbeit und Sicherheit gehen. Der Vertrag soll auch zur Stärkung der europäischen Sicherheitsgarantien beitragen.  |
| 28.03.2025 | Jan Szyszko, Vizeminister für Fonds und Regionalpolitik, gibt bekannt, dass 250 Millionen Zloty (ca. 60 Millionen Euro) in Form von Krediten für polnische Unternehmen bereit gestellt werden, die mit ukrainischen Unternehmen kooperieren oder dies in der Zukunft tun wollen. Damit soll die Beteiligung polnischer Unternehmen am Wiederaufbau der Ukraine unterstützt werden. Die Ausschreibung soll im April beginnen.   |
| 31.03.2025 | Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz und Daniel Lawton, Chargé d’Affaires der US-Botschaft in Warschau, unterzeichnen auf dem Militärstützpunkt in Sochaczew einen Vertrag in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar über logistische und technische Unterstützung für das Raketabwehrsystem Patriot. Der Vertrag beinhaltet u. a. Schulungen der polnischen Streitkräfte für die Bedienung des Systems.  |

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

#### Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

#### Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)  
Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz  
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt  
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1863-9712 © 2025 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,  
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: [kaluza@dpi-da.de](mailto:kaluza@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)



LÄNDER-ANALYSEN



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

### Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>